

## Rahmenbedingungen weiter stärken

Haushaltsrede 2019

Bürgermeister Heinz Öhmann, 08.11.2018

Meine Damen und Herren,

### 1 Einleitung

Gute Nachrichten erreichten uns in den letzten Tagen: Die Regionalisierung der Herbst-Steuer-Schätzung, die vorgestern bekannt wurde, bringt der Stadt Coesfeld eine weitere Verbesserung gegenüber der bisherigen Prognose von rund 1,1 Mio. €.

Der Gesamtergebnisplan im HH-Entwurf für 2019, den ich Ihnen heute vorlege, zeigt nach Drucklegung noch weitere wichtige Änderungen, die nun nicht mehr zu einem Defizit von rd. 3,4 Mio. € führen, sondern das Defizit auf rd. 1,3 Mio. € begrenzen. (Eine entsprechende Übersicht finden Sie als Tischvorlage.)

Dennoch tritt gegenüber dem Vorjahr insgesamt eine Verschlechterung ein. Aber dazu später mehr.

### 2 Rahmendaten





Zunächst zu den Rahmendaten. „Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem stetigen und breit angelegten Aufschwung mit einem soliden binnenwirtschaftlichen Fundament“, so stellt es das BMWi in seiner Herbstprognose fest. Für das Jahr 2019 wird vom BMWi ein Anstieg um 1,8 Prozent erwartet.

Die nicht eingedämmte Staatschuldenkrise (siehe Italien), der nicht kalkulierbare Brexit, die handelspolitischen Machtkämpfe ausgehend von den USA stellen aber ein deutliches Risiko für die konjunkturelle Entwicklung in Europa und auch und gerade in Deutschland da. Auch deshalb wird bei verschiedenen Konjunkturforschungsinstituten die Aussicht auf 2019 leicht nach unten korrigiert. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage hat gestern seine Prognose für 2019 deutlicher als die Forschungsinstitute nach unten korrigiert. Der Sachverständigenrat prognostiziert für 2019 nur noch ein Wachstum von 1,5 %.

Die gute Konjunktur, die nunmehr seit 2011 anhält, steht nicht mehr ungefährdet da und scheint in risikoreichere Zonen zu geraten, oder: das „Konjunkturklima wird rauer“ (WN 8. Nov.2018).

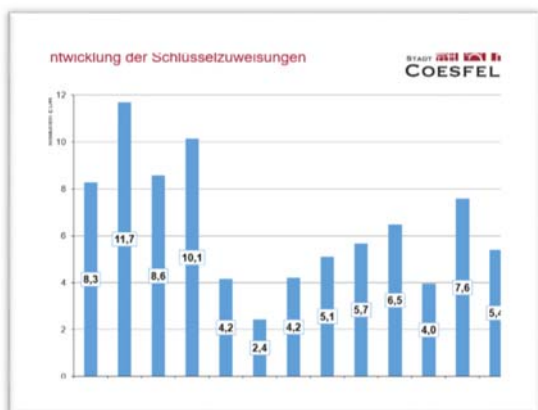
### 3 Verbesserungen und Verschlechterungen im Überschussbudget

Nun zu den Verbesserungen und Verschlechterungen des Haushaltsentwurfs unter Berücksichtigung der Regionalisierung der Herbst-Steuerschätzung im Vergleich zum Vorjahr:

#### 3.1 Schlüsselzuweisungen

##### Schlüsselzuweisung für 2019

lt. Modellrechnung vom 30.10.2018	5.391.000 €
Schlüsselzuweisung lt. Haushaltsentwurf	<u>4.960.000 €</u>
Verbesserung	+431.000 €



Die Schlüsselzuweisungen für die Stadt Coesfeld steigen um 430.000 € gegenüber der ersten Simulationsrechnung. Damit sinkt trotzdem die Schlüsselzuweisung insgesamt von noch 7,6 Mio. € im Jahr 2018 auf nunmehr rund 5,4 Mio. € und nicht wie noch im HH-Entwurf auf rd. 5,0 Mio. €.

### 3.2 Kreisumlage

#### Umlagegrundlagen

lt. Modellrechnung zum GFG vom 30.10.2018 50.890.097 €

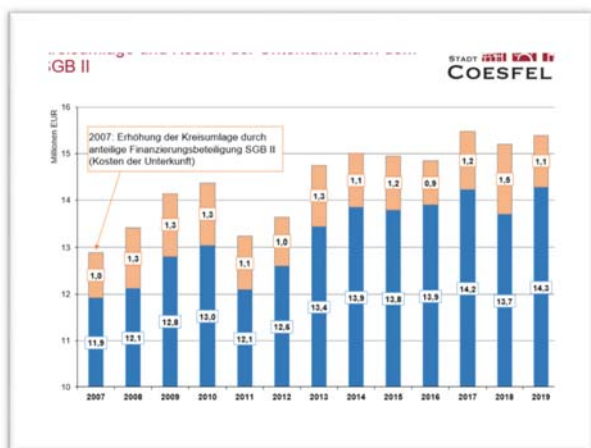
#### x allg. Hebesatz der **Kreisumlage**

lt. Einbringung des Kreishaushalts am 31.10.2018 28,07 v. H.

Kreisumlage aktuell rd. 14.285.000 €

veranschlagt im Haushaltsentwurf 14.931.000 €

Verbesserung +646.000 €



Der Kreis Coesfeld hat seinen Haushalt nun mit einem Hebesatz von 28,07% eingebracht. Gegenüber dem ursprünglich vorgesehenen Hebesatz von 29,59% bedeutet das für die Stadt Coesfeld eine „Wenigersteigerung“ von 650.000 €. Trotzdem auch hier steigt die Kreisumlage für unsere Stadt immer noch um rund 590.000 €.

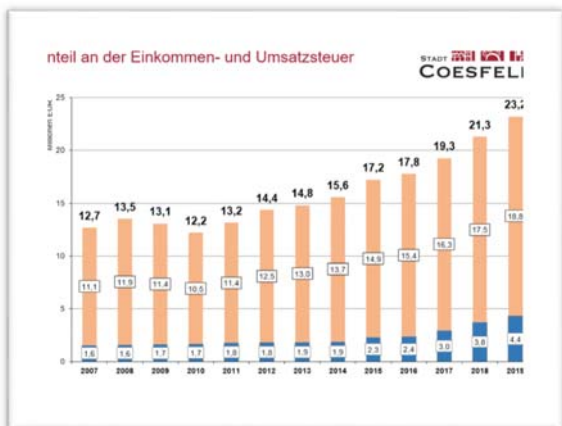
Durch die Mitnahmeeffekte auf der Basis der Systematik der Schlüsselzuweisungen bedeutet das weiterhin eine Rekordzuführung an den Kreis Coesfeld durch die Stadt Coesfeld.

Ich erwarte und fordere die Kreispolitik auf, sich auf das Notwendige zu konzentrieren und in Anbetracht der Liquiditätslage des Kreises und der letztjährigen Zuführungen zum Eigenkapital den Hebesatz zur Kreisumlage weiter zu senken.

### 3.3 Erhöhung des Haushaltsansatzes beim Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer

lt. Regionalisierung der Herbst-Steuerschätzung

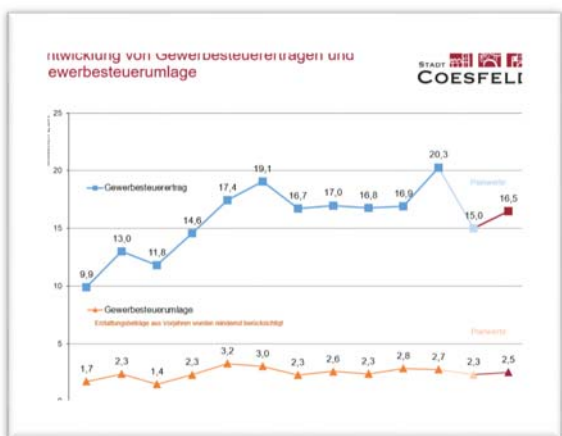
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	+542.000 €
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	+565.000 €



Wie eingangs erwähnt, steigen nach der Regionalisierung der Herbst-Steuerschätzung der Gemeindeanteil der Einkommensteuer nochmal um 565.000 € und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer um weitere 542.000 €. Das Gesamtvolumen liegt nunmehr bei 23,2 Mio. €, nach 21,3 Mio.€ noch im Vorjahr 2018. Hier kommt uns die weiterhin gute Konjunktur zugute, deren Aussichten sich, wie zu Beginn erwähnt, aber etwas eingetrübt haben.

### 3.4 Gewerbesteuer

Ansatz gegenüber Vorjahr +1,5 Mio. €



Neben den Einkommen- und Umsatzsteueranteilen bringt uns auch die Gewerbesteuer eine gewisse Verbesserung.

Jedoch hat der Gewerbesteuerertrag in Coesfeld sich nicht in der positiven Weise entwickelt, wie das aus vielen anderen gleichgroßen

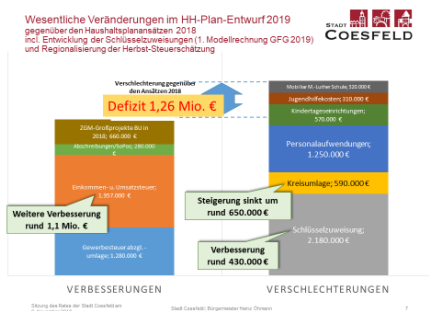
Städten gemeldet wird. Aus diesem Grunde und vor dem Hintergrund der konjunkturellen Risiken erwarten wir in der Abwicklung nur eine moderate Steigerung. Der Ansatz wurde aber nun deutlich in Richtung der tatsächlichen Ergebnisse der Vorjahre angehoben.

Wir werden das aber bis Abschluss der Beratung noch weiterverfolgen und evtl. daraus neue Schlüsse ziehen können.

### 3.5 Gesamtdefizit

neues Defizit Stand 07.11.2018

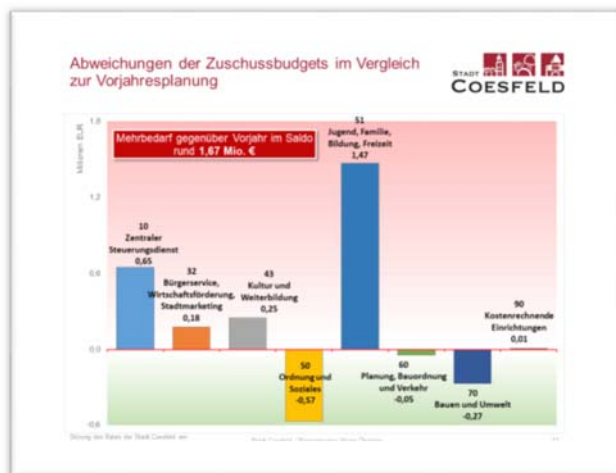
**-1.261.100 €**



Und trotzdem: Ein Defizit von 1,26 Mio. € bei einer anhaltend guten Konjunktur mit enormen Steigerungen bei den Anteilen an der Einkommensteuer (18,8 Mio. €) und Umsatzsteuer (4,4 Mio.€) und gegenüber dem Vorjahr deutlich angehobenen Ansatz der Gewerbesteuer ist nur schwer erklärbar und gibt uns auch einen Fingerzeig für die Zukunft.

## 4 Veränderungen in den Zuschussbudgets

### 4.1 Budget 51 (Jugend, Familie, Bildung, Freizeit)



In besonderer Weise ist der Zuschussbedarf im FB 51 Jugend, Familie, Bildung Freizeit zu beachten. In diesem Fachbereich haben wir eine Steigerung von 1,47 Mio. €, die insbesondere im Kita-Bereich mit 570.000 € zu Buche schlagen.

#### 4.1.1 Kindertageseinrichtungen

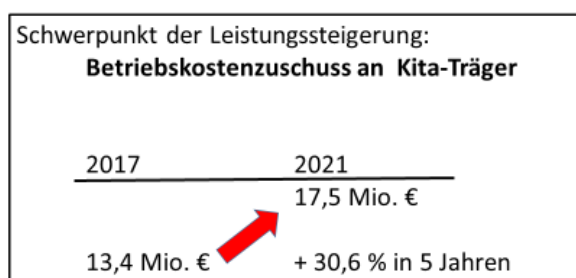


Die Steigerung im Bereich der Kindertageseinrichtungen liegt im Vergleich zum Jahr 2018 bei rund 720.000 €. Dies liegt insbesondere begründet in der Bereitstellung von 35 Kita-Plätzen in Lette, die in 2019 ganzjährig kostenpflichtig werden; in 2018 waren sie es nur anteilig für 5 Monate im Kita-Jahr 2018/2019. Zudem werden 75 Plätze in der Kita Kleine Heide bei Aufrechterhaltung des Interims

Osterwicker Straße, d.h. gut 50 Plätze zusätzlich geschaffen (ca. 25 seit 01.08.2018 in Mehrzweckräumen zusätzlich).

Ein kleiner Anteil der Kostensteigerung entfällt auf die Qualitätssteigerung bei den Kindpauschalen durch den kommunalen Anteil an der Landesfinanzierung von 40.000 € ab 01.08.2019.

Es ist darauf hinzuweisen, dass gerade dieser Bereich in den kommenden Jahren weiterwachsen wird und nach jetziger Schätzung in 2021 ein Niveau von über 17 Mio. € erreichen kann. Unter diesem Ansatz befindet sich der Betriebskostenzuschuss an die Träger von Tageseinrichtungen für Kinder.



Das vorl. Ergebnis betrug in 2017: 13,4 Mio. €. Zu erwarten ist ein Wert von rund 17,5 Mio. € in 2021. Das ist eine Steigerung von 4,1 Mio. € oder 30,6% in nur 5 Jahren. Es kann gesagt werden, dass dies der Schwerpunkt unserer Leistungssteigerungen darstellt. Dies auch mit besonderer Notwendigkeit, da ganz deutlich die Nachfrage und damit auch der Bedarf bei den Eltern steigt. Nicht nur die Nutzungsquote steigt, auch die Geburtenzahl hat wieder zugenommen. Darüber sind wir sehr erfreut.



### 4.1.2 Grundschulen



Die konsumtiven Aufwendungen bei den Grundschulen steigen insgesamt rund 460.000 €. Allein die Ausstattung der Martin-Luther-Schule schlägt hier mit 320.000 € zu Buche (Festwert Mobiliar).

Zudem steigen die OGS-Zuschüsse durch TVöD-bedingte Steigerungen um 80.000 €.

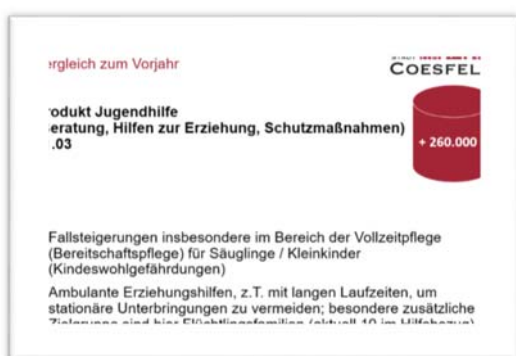
### 4.1.3 IT-Ausstattung der Schulen



In die IT-Ausstattung der Schulen sind im kommenden Jahr erhebliche Investitionen vorgesehen, wobei über die konkrete Ausgestaltung noch im Fachausschuss beraten werden muss. Finanzmittel in Höhe von über 400.000 € sollen dafür bereitgestellt werden:

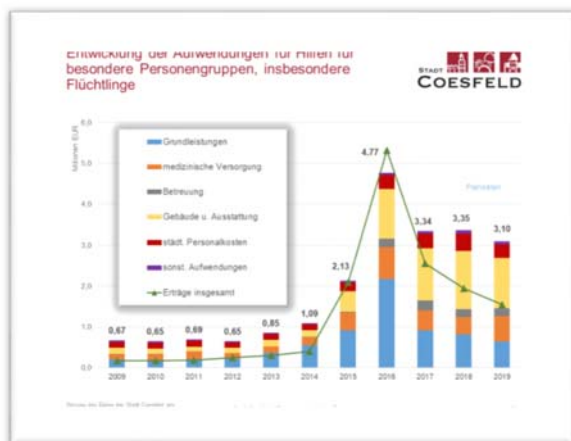
Grundschulen:	178.100 €
Hauptschule (Kreuzschule):	39.900 €
Realschulen:	85.500 €
Gymnasien:	90.000 €
Förderschule (Mira-Lobe-Schule):	12.600 €
<b>Summe:</b>	<b>406.100 €</b>

#### 4.1.4 Jugendhilfe



Der Zuschussbedarf beim Produkt Jugendhilfe steigt um rund 260.000 € im Vergleich zum Vorjahr. Die Verschlechterung ist auf Fallsteigerungen insbesondere im Bereich der Vollzeitpflege (Bereitschaftspflege) für Säuglinge / Kleinkinder (Kindeswohlgefährdungen) wie bei den ambulanten Erziehungshilfen zurückzuführen, z.T. mit langen Laufzeiten, um stationäre Unterbringungen zu vermeiden. Als besondere zusätzliche Zielgruppe sind hier Flüchtlingsfamilien (aktuell 10 im Hilfebezug) zu nennen.

## 4.2 Integrationskosten



Ein weiteres Thema, das ich hier ansprechen möchte, ist die Integration von Menschen, die vor Krieg und Terror geflohen sind.

Auch aus gegebenem Anlass möchte ich klarstellen, dass wir auch und gerade seitens der Verwaltung alles Notwendige unternehmen und sehr engagiert daran weiterarbeiten werden, um die Menschen, die eine Bleibeperspektive bei uns haben, in vielfältiger Weise bei ihrer Integration zu unterstützen. Integration durch Spracherwerb, Bildung und Ausbildung, durch Angebote zur Beteiligung ist unersetzlich und die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Nur so kann erfolgreiche Integration gelingen, die von uns nicht infrage steht.

Allerdings sei es gestattet, im Zusammenhang mit der Einbringung des neuen Haushaltes darauf hinzuweisen, dass die Schere von Aufwendungen und ihre Deckung durch Landes- oder Bundesmitteln nach und nach auseinanderdriftet.

Dies ist begründet in der Tatsache, dass seit dem 01.01.2017 die Erstattungen personenscharf erfolgen. Erstattet wird aber nur ein Betrag von jährlich 10.400 €. Landesweite Erhebungen des Städte- und Gemeindebundes haben aber ergeben, dass für eine Kostendeckung ein Betrag von etwa 13.000 € notwendig wäre.

Hinzu kommt, dass die Erstattungen nur für die Zeit eines laufenden Asylverfahrens längstens bis drei Monate nach Abschluss des Verfahrens gezahlt werden. In der Praxis dauern die Rückführungen aber deutlich länger, die dann weiterlaufenden Aufwendungen werden vom Land jedoch dann nicht mehr erstattet.

Hier ist m.E. das Land gefordert, für alle Kommunen eine deutlich bessere Finanzierung zu schaffen.

Die große Koalition in Berlin will Ländern und Kommunen zwischen 2019 und 2022 insgesamt mehr als 15 Milliarden Euro für die Kosten der Integration überweisen. Dabei soll nicht mehr wie bisher exakt für jeden einzelnen Flüchtling abgerechnet werden. Stattdessen erhalten die Länder einen großen Teil der finanziellen Zuwendungen über pauschale Anteile am Umsatzsteueraufkommen, so ein Bericht der SZ vom 09.10.2018.

Weiter wird dort berichtet: Die große Koalition plant zudem, die ursprünglich bis Ende 2018 befristete Entlastung der Kommunen bei den Wohn- und Heizkosten für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte zu verlängern. Dadurch erhalten die Gemeinden im kommenden Jahr weitere 1,8 Milliarden Euro. Wie aus Regierungskreisen in Berlin verlautete, geht man davon aus, die Regelung im kommenden Jahr nochmals zu verlängern.

Zurzeit kann nicht gesagt werden, in welcher Höhe die Mittel in Coesfeld ankommen werden und ob damit das oben aufgezeigte Problem der Kostenschere geschlossen wird.

Entscheidend ist: hier ist das Land in der Finanzverantwortung, die gesamtstaatliche Aufgabe der Integration mit ausreichenden Finanzen für die Kommunen zu versehen.

### 4.3 Personal- und Versorgungsaufwendungen



Ein weiterer Bereich steigt seit wenigen Jahren wieder deutlich an. Die Personal- und Versorgungskosten werden im kommenden Jahr um 1,3 Mio. € und damit um rd. 6,8 % steigen.

Kategorie	Wert (Mio. €)
<b>Von der Stadt beeinflussbare Steigerungen</b>	
Besoldungserhöhung Beamte (3,2%)	83.300
Stufensteigerungen, Beförderungen, Stundenerhöhungen	45.600
Geschätzte Tarifierhöhungen (ca. 3%)	390.000
Feststehende Höhergruppierungen, Stufensteigerungen	71.600
Pauschale Erhöhungen, geschätzt 1,2% (Stufensteigerungen, Höhergruppierungen, Arbeitszeiterhöhungen usw.)	165.000
Erhöhung Sozialversicherung (0,5%)	65.000
<b>Nachwuchsförderung</b>	
2 Anwärter gehobener Dienst (Bachelor of Arts)	21.000
Erhöhung der Anzahl der Auszubildenden (inkl. IT, mittlerer Dienst und gehobener Dienst)	200.000
<b>Stetliche Stellen</b>	
2,5 Stellen im FB 70/ZGM nach internen Gutachten	180.000
0,5 Stelle FB 43/Museumspädagogik	30.000
2,0 Stellen im FB 50/Feuerwehr nach externen Gutachten	83.200
<b>gefallene Stellen</b>	

Ein beachtlicher Teil davon (0,82 Mio. €) sind tarif- bzw. besoldungsbedingt. Weitere 221.000 € sollen zur Nachwuchsförderung zur Verfügung stehen. Aufgrund der geringen Arbeitslosigkeit in unserer Region von aktuell nur noch 2,6% ist der Arbeitsmarkt nicht mehr ein sogenannter Angebots- sondern ein Nachfragemarkt.

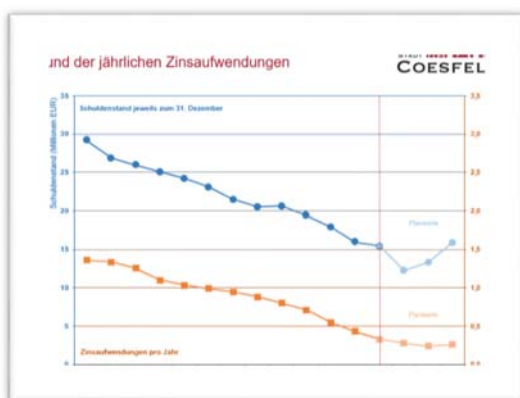
Wir als Stadt konkurrieren mit den vielen Nachfragern am Markt und glauben dem auch dadurch begegnen zu können, indem wir im

mittleren und gehobenen Dienst<sup>1</sup> und erstmals auch im IT-Bereich selber ausbilden.

Zweieinhalb zusätzliche Stellen werden nach einem internen Gutachten im Bereich des Zentralen Gebäudemanagements eingerichtet. Dabei handelt es sich um eine Ingenieurstelle sowie um 1,5 Stellen im Verwaltungsbereich des Gebäudemanagements.

Eine halbe Stelle wird im Fachbereich 43 für die Verstärkung des Bereichs Museumspädagogik eingerichtet. Dafür entfällt eine halbe Stelle für die Durchführung von Deutschkursen, da diese im bisherigen Umfang nicht mehr benötigt wird.

## 5 Perspektive



Und nun zurück zur Finanzplanung in Coesfeld. Es gibt wohl nur wenige Kommunen, die ihre großen Investitionsprojekte so langfristig mit beachtlichen Mitteln hinterlegt haben.

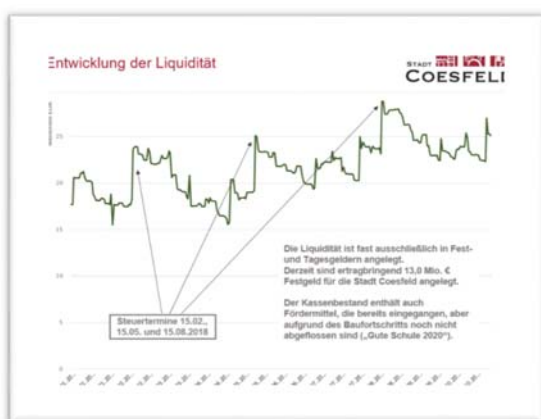
Der Schuldenstand wird weiter abgebaut:

Die demographischen Risiken, die sich in Zukunft z.B. in der Altersversorgung aufbauen könnten, ist durch weitere Einzahlungen

---

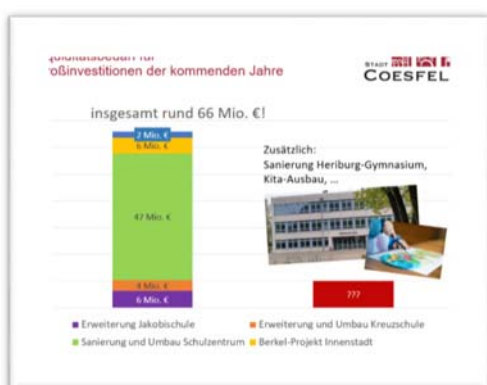
<sup>1</sup> früherer mittlerer Dienst: seit 01.07.2016: Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt;  
früherer gehobener Dienst: seit 01.07.2016 Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt

in den kvw-Versorgungsfonds abgefedert. Die dort eingezahlten Mittel können insbesondere im Falle zukünftiger Finanzrisiken (HH-Sicherung) konkret zur Auszahlung von Pensionen genutzt und damit der jeweilige Haushalt entlastet werden.

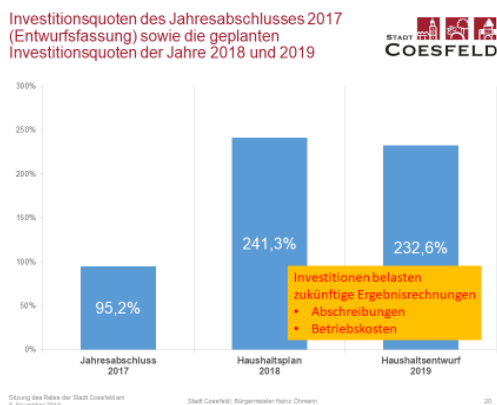


Die Liquidität wird weiter gesichert.

Wichtig ist und bleibt aber, dass die jetzt vorhandene Liquidität auch tatsächlich für die bisher insbesondere geplanten Schulbauinvestitionen eingesetzt wird.



Neue investive Projekte müssen also unter Nutzen-Kosten-Erwägungen betrachtet werden. Insbesondere ihre Folgekosten sind zu beachten. Denn das wird durch meine Eingangsformulierung deutlich: Ein Defizit von 1,3 Mio. € bei einer anhaltend guten Konjunktur mit enormen Ertragssteigerungen im Zentralhaushalt gibt uns einen Fingerzeig für die Zukunft.



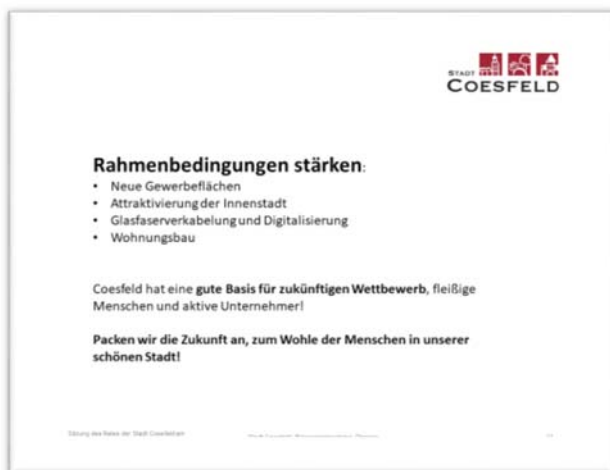
Zu berücksichtigen ist, dass die bisher geplanten und weiteren Investitionen, die sich auch durch eine hohe Investitionsquote bemerkbar machen, in der Ergebnisrechnung durch Abschreibungen zu Belastungen führen werden, sofern sie nicht durch Fördermittel Dritter (Land, Bund, ...) finanziert sind.

Zu bedenken ist schließlich, dass die Neu-Investitionen in der Regel auch zusätzliche Folgekosten in Form von Betriebskosten erbringen, die die Ergebnisrechnung belasten. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Soziallasten und die Familienförderungen weiter steigen werden.

Gerade deswegen ist es notwendig, dass die wirtschaftliche Basis unseres Haushaltes und damit unseres städtischen Gemeinwesens weiter gestärkt wird. Handel, Handwerk, Gewerbe, Dienstleistungen und Industrie müssen florieren.



## 6 Schlusswort

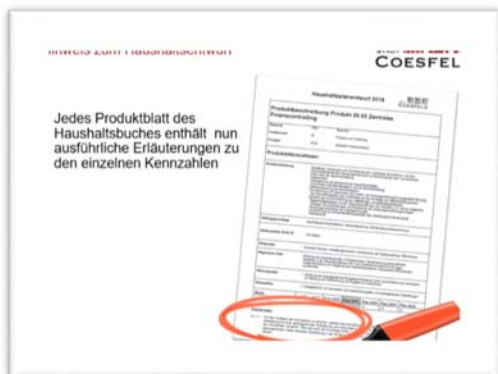


Die Rahmenbedingungen werden von uns weiter gestärkt: neue Gewerbeflächen, Verbesserung der Erreichbarkeit und Attraktivierung der Innenstadt, Verbesserung der Infrastruktur einschl. Glasfaserverkabelung, Digitalisierung von Verwaltung, der Schulen und der städtischen Betriebe und der Wohnungsbau. All das wird weiter vorankommen.

Die beschriebenen Risiken dürfen uns nicht schrecken, sie sind zu kontrollieren. Dafür haben wir hier im Rat die Verantwortung.

Coesfeld hat eine mittlerweile anerkannt gute Basis für den zukünftigen Wettbewerb der Standorte, fleißige Menschen und aktive Unternehmer.

Packen wir die Zukunft an, zum Wohle der Menschen in unserer schönen Stadt.



Ein Hinweis zum Schluss: Erstmals wurden im vorliegenden Haushaltsentwurf die Kennzahlen in den Produktblättern seitens der Verwaltung ausführlich erläutert. Nutzen Sie diese als Grundlage zur Gestaltung der Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des Haushaltes!

Ich wünsche Ihnen erfolgreiche Haushaltsberatungen!

Herzlichen Dank!



Dass es sich hierbei um die Anlage zum Tagesordnungspunkt 6 der öffentlichen Sitzung des Rates der Stadt Coesfeld vom 08. November 2018 handelt, bescheinigen:

gez. Heinz Öhmann  
Bürgermeister

gez. Jürgen Höning  
Schriftführer